# Zur Gemeinderatswahl.

Die Art und Weise, wie man in Ulm die Wahlen zum Gemeinderat behandelt, hat seit einer Reihe von Jahren Mißbilligung und in steigendem Maß Unwillen hervorgerufen. Der Teil der Bürgerschaft, der gerecht, maßvoll und unabhängig denkt, hat die Zusammensetzung des Gemeinderatskollegiums als eine wichtige, der gründlichsten Ueberlegung bedürftige und **vor allen unlauteren Umtrieben zu bewahrende** Angelegenheit erkannt. Was mußte man statt dessen erleben? Eine politische Partei, oder vielmehr eine **konservative diktatorische Gruppe** innerhalb derselben, deren Grundsätze von der in ihrer überwiegenden Mehrheit freier gesinnten Ulmer Bürgerschaft stets verworfen worden sind, verstand es, ihre Sonderinteressen bei den städtischen Wahlen in den Vordergrund zu stellen und der widerstrebenden, leider lange Zeit lässigen und nicht organisirten **Mehrheit** der Bürger eine Vertretung aufzuzwingen, die im wesentlichen nicht nach **Gründen des Allgemeinwohls**, sondern lediglich nach der **Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit** zusammengesetzt war. In dieser Weise hat jene Richtung in der deutschen Partei Jahre lang gesündigt und auf dem Rathaus eine **rücksichtslose Parteiherrschaft** eingeführt, deren Druck schwer auf jedem Einzelnen lastete und noch in frischer Erinnerung ist. **Parteifanatismus und Strebertum** wurden ausschlaggebend, **Charakter, Intelligenz, Uneigennützigkeit** waren nicht mehr die in erster Linie maßgebenden Faktoren.

Daß hiebei die Behandlung der Geschäfte auf dem Rathaus notleiden mußte, kann nicht Wunder nehmen. Die Einseitigkeit der Gesichtspunkte mußte zu Fehlgriffen in wichtigen Fragen führen und aus der Rücksicht auf die Bewahrung der **absoluten Parteiherrschaft** ergab sich die Schädigung des **gemeinen Wohls**, aus der Herrschsucht die Willkür.

Mit dem Amtsantritt des **neuen Stadtvorstands**, der, wie sich bei seiner Wahl zeigte, das Vertrauen der Bürgerschaft besitzt, hoffte man auf eine gründliche Besserung dieser Zustände. Manche Hoffnungen wurden erfüllt, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß eine **gründliche** Wandlung nur dann möglich ist, wenn dem neuen **Haupte** neue **Glieder** angefügt werden. Das beste Wollen und Können wird gelähmt, wenn es den Mitberatern an klarer und gerader Initiative fehlt, wenn in wichtigen Fragen gefaßte Beschlüsse wieder umgestoßen werden und jedem Schritt vorwärts ein solcher rückwärts folgt, wenn die mühsam errungene Oeffentlichkeit der Beratungen in engherziger Weise beschränkt und der Einfluß einzelner privaten Personen und Familienkonventikel ein dominirender wird!

Angesichts dieser Verhältnisse hat der **Freie Volksverein Ulm** in seiner Vollversammlung vom 30. November d. J. **einstimmig** ausgesprochen:

> Es ist darauf zu sehen, daß zu dem wichtigen Amt geachtete Männer von gereifter Lebensanschauung, von praktischer Erfahrung, von lauterem uneigennützigem Charakter und festen Grundsätzen gewählt werden. Hierbei darf der Schwerpunkt nicht auf das politische Parteibekenntnis gelegt werden; es soll auf dem Rathaus nicht eine Parteiherrschaft ausgeübt werden. Andererseits empfiehlt es sich, eine Berücksichtigung der Parteistellung insofern, als, wenn die verschiedenen politischen Parteien in den bürgerlichen Kollegien angemessen vertreten sind, dies der Bürgerschaft als eine Gewähr für die friedliche und sachliche Erledigung der Geschäfte und als Schutz gegen das Hervortreten einseitiger und eigennütziger Bestrebungen gilt.
>
> Demgemäß sollen zwei dem politischen Parteileben ferne stehende Männer, zwei Mitglieder des Freien Volksvereins und zwei Mitglieder der deutschen Partei in Vorschlag gebracht werden, woneben auf geeignete Vertretung der katholischen Mitbürger und der Bewohner der Neustadt ebenfalls Bedacht zu nehmen ist.
>
> Im Hinblick auf diese grundlegenden Erwägungen schlägt der Freie Volksverein Ulm für die Gemeinderatswahl vom 7. Dezember folgende Männer vor:

| | |
|---|---|
| Herr Bonbonsfabrikant **Enderle**, | Herr Werkmeister **Roschmann**, |
| „ Kommerzienrat **Mayser**, | „ Rechtsanwalt **Schefold**, |
| „ Tapezier **Ricker**, | „ Bierbrauereibesitzer **Ziegler**. |

Das sind Grundsätze, die jeder rechschaffene Bürger billigen muß. Keine Parteidiktatur auf dem Rathaus, kein Vorherrschen einzelner Familienkreise, keine Ausnützung des Gemeinwesens zum Privatvorteil!

Wie hat sich hiezu die sog. **deutsche Partei** gestellt? Sie hat wiederum mit dem ihr eigenen Partei-Egoismus **alle sechs Kandidaten** aus ihren Reihen entnommen, sie beansprucht auch jetzt noch eine **nackte Parteiherrschaft!**

**Wähler!** Ist es nicht genug, wenn man dieser Partei ein Dritteil der Ehrenstellen überläßt? Erhält sie dabei nicht mehr, als ihr nach der Zahl ihrer Anhänger und nach ihrer Bedeutung gebührt? Nein, sie verlangt bedingungslos **alle Rathaussitze**, sie will ihr **altes rücksichtsloses Parteiregiment** fortsetzen und kommt uns wieder mit Männern, deren Abgang vom Rathaus aus sachlichen Gründen erwünscht und notwendig wäre.

Darum wenden wir uns an unsere Anhänger und Freunde, aber auch an unsere ehrlichen Gegner in der Politik, auf daß sie, wie schon oft, wenn es galt, sich zu einer **bürgerlichen That** erheben und **schrankenloser Selbstsucht** ein Ende machen. Wir schlagen Euch Ehrenmänner vor aus **allen** Parteien, Vertreter der **Groß-Industrie** wie des **Kleingewerbs**, in **Verwaltungs-** und **Rechtsfragen** bewandert, im **Bauwesen**, in der **Landwirtschaft** erfahren, zugleich Männer, die mit den Bedürfnissen der **Neustadt** und unseren **katholischen Mitbürger** vertraut sind. Ihr, die Ihr bei wichtigen **Wahlen** stets eine so glänzende Probe politischen Verständnisses und freier unabhängiger Gesinnung abgelegt habt, haltet diese **Gemeindewahl** nicht für weniger wichtig!!

Diese Wahl ist eine Angelegenheit von der **größten Tragweite** und wird wieder auf Jahre hinaus bestimmend für die inneren Zustände der Stadt sein! Seid nicht lässig, versäumt nicht die Ausübung Eures Wahlrechts, achtet diese Wahl nicht gering! Bedenkt, was für alle auf dem Spiel steht, **geht alle zur Wahlurne** und wählet die von uns vorgeschlagenen sechs Männer. Zeigt Euch **einig**, laßt Euch durch nichts und durch niemand, nicht durch die Vorgeschlagenen selbst bestimmen, einen Namen abzuändern.

Ulm, den 5. Dezember 1891.

**Der Ausschuß des Freien Volksvereins Ulm.**

Druck der Ulmer Zeitung.

Flugblatt des "Freien Volksvereins" zur Gemeinderatswahl". Dieses Flugblatt hatte eine Strafanzeige des Gemeinderats gegen den Vorstand des "Freien Volksvereins", Rechtsanwalt Albert Mayer in Ulm wegen Beleidigung zur Folge (StA Ulm, B 123/133 Nr. 6)